

W. Hunkler: Festschrift zur 45-Jahrestag "Oberer Kuhber"

Die Ausstellung, die heute eröffnet wird, vermittelt nur einen Teil der Geschichte des Ulmer Konzentrationslagers und seines historischen Umfeldes. Was fehlt, soll nach und nach ergänzt werden.

Wie Sie der Presse entnehmen konnten, entspricht der erreichte Abschritt nicht den ursprünglichen Plänen. Das ist keine Katastrophe, aber natürlich auch kein Ausdruck von "Lebendigkeit". Was sich hier heute zeigt, ist m.E. ein Abbild dessen, was antifaschistische Kultur bei uns leisten kann.

Man immer der 8. Mai 1945 im subjektiven Erleben des Einzelnen bedeuten mag, für die Geschichte der Bundesrepublik bedeutet dieser Tag - im positiven wie im negativen Sinn - den Tag der Restauration bürgerlicher Herrschaft. Das deutsche Bürgertum schien sich im Bündnis mit dem Faschismus in die totale Niederlage manöviert zu haben, vom "Zusammenbruch" blieb aber nur der Zwang, notwendige Kurskorrekturen vornehmen zu müssen. Während das Volk die Befreiung feierte, dachten die Herrschenden folgendermaßen (ich zitiere aus dem Kriegstagebuch des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht vom 12.-20. Mai 1945; es handelt sich um Überlegungen des Generalobersten Jodl, Chef des Wehrmachtsführungstabes):

"Leider haben wir die Waffe des Rechts in der letzten Zeit nie gebraucht. ... Die Alliierten müssen dauernd mit ihren eigenen Waffen geschlagen werden, d.h. mit dem Völkerrecht. Das Völkerrecht ist unsere Bibel."

"Immer daran denken, daß Judentum nur darauf wartet, uns zu schikanieren Absicht, Kommission als Puffer zwischen uns und den jüdischen Gegner einzuschleiben."

"Wenn KZ-Lager-Frage angeschnitten wird und wir Deutsche verdammt werden wegen eines Nießliler und einiger getöteter Pfarrer, dann Frage: Warum regt Ihr Alliierten Euch nicht wegen Rußland auf, wo binnen kurzen 12 000 Patriarchen ums Leben gebracht wurden."

"Kommende Möglichkeiten der Orientierung, basierend auf Gegensatz zwischen Ost und West." "Die Rolle Deutschlands als Volk inmitten Europas ist noch nicht ausgespielt. Ohne uns können die Probleme nicht

gelöst werden. Dieses ferne Ziel immer im Auge behalten."

In diesen Überlegungen ist ein Grundzug der Geschichte der Bundesrepublik einschließlich ihres Verhältnisses zum Nationalsozialismus skizzenhaft vorformuliert: taktischer Umgang mit dem Völkerrecht; Versöhnung mit den Juden, wenn es denn sein muß; Verharmlosung der KZ-Verbrechen; die Russen als die schlimmeren Nazis; die BRD als Vorposten des Antikommunismus.

Das Dokument ist kein Einzelfall; es ordnet sich ein in ein breites Spektrum von Überlegungen, mit denen sich die deutsche Bourgeoisie teilweise schon vor dem 8. Mai 45 angesichts der Niederlage vom Faschismus ab- und der Zukunft zuwandte.

In Ulm steht die Person Karl Lychmüllers für diesen Frontwechsel. Obwohl er zur Führungselite des 3. Reichs gehörte, wurde er Ulms 1. Nachkriegsbürgermeister, da er früher als andere die Niederlage erkannte und das Einvernehmen mit den Amerikanern gesucht hatte. Das war - jetzt - durchaus zum Vorteil der Stadt, nur ging dem ehemaligen Wehrwirtschaftsführer dabei das Verständnis für die Opfer des Nationalsozialismus verloren. Das Schicksal der Ulmer Zwangsarbeiter, deren Wut über erlittene unmenschliche Behandlung sich teilweise in Plünderungen entlud, reduzierte sich in seiner Erinnerung auf eine Polizeifrage; "dem wüsten Treiben" habe er "nur in beschränktem Umfang Einhalt gebieten" können, da die Militärregierung die Bewaffnung der Polizei abgelehnt habe. "Außerdem", schreibt er weiter, setzte sich die Polizei fast durchweg aus neuen Leuten zusammen, unter die sich teilweise unzuverlässige Elemente eingeschlichen hatten." Ihm fehlte also die alte Nazi-Polizei, um die Wut der Überlebenden NS-Opfer niederhalten zu können. Kein Wort des Bedauerns, keine Erinnerung an eigene Schuld, nur das Aufbau-Pathos der "neuen Ordnung".

Natürlich läßt sich nicht allein anhand dieser beiden Beispiele die Geschichte der Bundesrepublik beschreiben. Die Niederlage des Faschismus ermöglichte den Aufbau einer Demokratie auf der Grundlage bürgerlicher Freiheiten, der Sozialpartnerschaft und sozialstaatlicher Absicherung, und die Erinnerung an die Niederlage steht bis heute noch allen Versuchen entgegen, diese fortschrittlichen Traditionslinien bürgerlicher Politik zur Disposition zu stellen. Nicht

Alle Karriereträume der alten Nazis gingen in Erfüllung; Jodl z.B. wurde als Kriegsverbrecher hingerichtet. Die Hoffnung, die Front nach Osten zu halten und mit Hilfe der westlichen Alliierten wieder nach Osten auszudehnen, hat bis heute manche Enttäuschung verkraften müssen. Der Nationalismus wurde vom Antikommunismus aufs Kreuz gelegt und mußte im Kalten Krieg die Teilung der Nation hinnehmen.

Richtig ist aber auch, daß die aus der Arbeiterbewegung kommende ~~wand-
elnd in ihr versankene~~ Tradition des Antifaschismus unsere politi-
sche Kultur kaum prägen konnte. Der antifaschistische Arbeiter, der
z.B. im KZ gesessen hatte, hatte nur kurze Zeit beim Aufbau dieser
Republik mitzureden. Wenn überhaupt, galt seine Erfahrung nur, wo
sie sich gemäß den Anforderungen des Kalten Krieges antikommunistisch
einfügte; wo das nicht der Fall war, blieb sein Wirkungskreis unter
dem Druck der bald wieder einsetzenden Kommunistenverfolgungen auf
ein kulturelles und politisches Ghetto beschränkt. Die Einheit der
Arbeiterbewegung, die dem Antifaschismus Kraft hätte geben können,
wurde wieder nicht hergestellt.

Der Verzicht der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die vom
Faschismus zerschlagene Arbeiterkulturbewegung wieder aufzubauen, tat
ein Übriges. Sinnvoll wäre dieser Schritt nur gewesen, wenn gleich-
zeitig innerhalb der bürgerlichen Kultur um die Rechte der Arbeiter-
kultur gekämpft worden wäre. Das ist nicht geschehen. Es begann der
Versuch der bürgerlich-kulturellen Veredelung des westdeutschen Ar-
beiters, der, wie unsere Massenkultur zeigt, total gescheitert ist.

Wie sollte sich unter diesen Bedingungen antifaschistische Kultur ent-
wickeln?

Der eine Weg war der Weg in die Ghettokultur mit ihren klaren Formen
und Aussagen einerseits und dogmatischer Verhärtung und Verarmung der
Ausdrucksmittel andererseits. Dieser Weg kann nicht befriedigen. Ich
bin aber der Überzeugung, daß es sinnvoller wäre, erst einmal die in
der Nachkriegszeit verschütteten Alternativen der antifaschistischen
Arbeiterbewegung wiederzuentdecken, ehe das Bündnis mit der bürger-
lichen Kultur weiter verfestigt wird. Zum Ziel hat dieses Bündnis
nämlich auch nicht geführt.

Anders als die Arbeiterbewegung war das deutsche Bürgertum ein
Bündnispartner des Faschismus gewesen. Der bürgerliche und mili-
tärliche Widerstand entwickelte sich in der Regel aus der Ent-
täuschung über den Ertrag dieses Bündnisses. Diese Doppeldeutigkeit
der Rolle im Faschismus bestimmte Formen und Inhalte unserer Ver-
gangenheitsbewältigung.

Da ist viel Einsicht in das eigene Versagen, aber auch die Überbe-
tonung des bürgerlichen und militärischen Widerstands und die stän-
dige Suche nach dem Stichwort, das es erlaubt von der Auseinander-
setzung mit dem Faschismus auf die Auseinandersetzung mit dem
Kommunismus Überzuwechseln.

Da ist der ehrliche Wunsch nach Versöhnung, aber auch der beharrliche
Versuch, die Versöhnung dadurch zu erzwingen, daß die geschicht-
lichen Abläufe verharmlost werden. Da ist viel Betroffenheit, aber
auch viel intellektuelle Bequemlichkeit, viel radikale Fensterrede
und wenig konsequente Praxis.

Es entwickelte sich eine eindrucksvolle Verdrängungs- und Bewälti-
gungskultur, mit beachtlichen Ergebnissen, unfähig zu trauern, aber
genial in der Gestaltung des Trauerzeremoniells, immer hinter der
Wahrheit her, aber mit "Fingerspitzengefühl", pochend auf die Prin-
zipien von Wissenschaftlichkeit und Demokratie - wo sie nicht
stören.

Das Dokumentationszentrum ist Teil dieser Kultur. Dies drückt sich
v.a. im Arrangement mit der Zensur aus.

Die Unterstützung der wissenschaftlichen Arbeit durch Ulmer Archive
war gering. Wo nicht Ulmer Bürger halfen, mußten die wesentlichen
Quellen weitgehend im Bogen um Ulm herum gesammelt werden. Das ging
so weit, daß Akten des Landratsamtes über in Ulm ums Leben gekomme-
ne Zwangsarbeiter nicht im Kreisarchiv, sondern durch die "Haupt-
kommission zur Erforschung der Hitlerverbrechen in Polen" zugänglich
gemacht wurden.

Daß Kreis- und Stadtarchiv in unserem Fall nicht in der Weise zugäng-
lich waren, wie das den Kriterien wissenschaftlicher Forschung ange-

-15-

Wessen ist, hat eine Reihe von Gründen, die man unterschiedlich bewerten muß; z.B. fehlen Personal- und Sachmittel. Problematisch wurde das Verhältnis, wo das Argument "Personenschutz" ins Spiel gebracht wurde, die Formel, in die sich heute in der Regel die historische Zensur kleidet.

Dieses Argument ist im Zusammenhang unserer Arbeit allerdings nicht leichtzunehmen. Einmal, weil die nationalsozialistischen Vernichtungskaktionen durch umfassende Datensammlungen der betroffenen Bevölkerungsgruppen vorbereitet wurden, zum andern, weil es in der Tat viele Betroffene gibt, die immer noch Angst haben, als Opfer des Nationalsozialismus identifiziert zu werden. Beides spricht aber nicht dafür, ~~die~~ NS-Akten unter Verschuß zu halten oder einzuschwärzen.

Die Lehre aus der Geschichte kann doch nur sein, die heutigen Datensammlungen zu vernichten oder der Sammelei enge Grenzen zu setzen, und durch umfassende Aufklärung endlich dafür zu sorgen, daß KZ-Haft und andere Formen erlittener Verfolgung in jedem Fall den Makel des Straffälligen oder "Asozialen" verlieren. Dies gilt besonders für diejenigen, die nicht als Juden, sondern aus anderen Gründen als rassistisch ^{und} "Entartete" und "Unartige" verfolgt wurden. Diese Opfer des Rassismus ^{und} ihre Angehörigen zählen nach Hunderttausenden; die Zahl geht vermutlich in die Million. Hier haben die Bestimmungen des Persönlichkeitsschutzes verhindert, daß die Forschung den rassistischen Hintergrund der Verfolgung nachweisen konnte; sie haben dafür gesorgt, daß bis heute in der Regel die angemessene, umfassende materielle und ideelle Wiedergutmachung unterblieben ist; sie haben lediglich die Täter geschützt.

Und ein Letztes ist zu bedenken: Es gehört zum festen Formelschatz unserer Gedenkreden, an die namenlosen Opfer und Widerstandskämpfer zu erinnern. Tatsächlich wären viele von ihnen aber nicht namenlos, würden ihre Namen durch unsere Archivpraxis nicht weggeschwärtzt. Die Formel ist oft eine gedankenlose aber funktionale Abbildung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse, die, um ihre Rangordnung zu sichern, oben die namhaften Eliten, unten das namenlos gehaltene historische Füllmaterial brauchen.

Welche Anwendung der personenschutz-rechtlichen Bestimmungen sich aus diesen Überlegungen ergibt, halte ich durchaus für diskutabel. Die Grenze zur Zensur wurde überschritten, als das Stadtarchiv die ungehinderte Verwendung von Dokumenten aus der Ulmer NS-Prozess versagte. Diese Praxis konnte ich aus keinem Archiv.

Das Problem ist seit über einem Jahr auf dem Tisch, aber bis heute ist ungeklärt, ob in dieser Gedenkstätte ungehindert, einzig nach inhaltlichen Gesichtspunkten entschieden, wenigstens das gezeigt werden kann, was die Nazis selbst über ihre Herrschaft öffentlich gemacht haben. Diese Rücksicht ist nach meiner Überzeugung ein Verstoß gegen wissenschaftliche Qualität, die sich nur im Alltag einer konsequenten demokratischen Praxis beweisen kann, die sich nicht zensurieren läßt, wohl aber für die Diskussion aller Standpunkte offen ist und konsequent und ohne taktische Arrangements offen gehalten wird.

Wenn es gelingt, diesen Grundstz nicht nur heute zu beschreiben, sondern morgen in die Praxis umzusetzen, gebe ich dem Dokumentationszentrum die Chance, eine "lebendige Gedenkstätte" zu werden, was ich ihm wünsche.

Anmerkung (Th. Lutz):

Hier könnte nur der zweite Teil der Rede von Walter Dauterbe eingedruckt werden, da sonst der umfangreiche Handdruck gespart werden wäre. Der erste Teil, der sich mit der Geschichte des KZ's und der Stadt Ulm in der Nazi-Zeit auseinandersetzt, kann bei mir ebenfalls bestellt werden. Ich bitte bei Bestellungen einen Betrag von DM 3,- in Erdbeeren beizulegen.